

Öffentliche Finanzwirtschaft

Doppisches kommunales Haushalts- und Rechnungswesen Mecklenburg-Vorpommern (NKHR M-V)

**Fachbuch
mit praktischen Übungen
und Lösungen**

4. vollständig überarbeitete Auflage

**von
Christin Dittmann
Wolfgang Dittmann
Arne Kröger**

**Horst Bernhardt
Klaus Mutschler
Christoph Stockel-Veltmann**

Verlag Bernhardt-Witten · 58456 Witten

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Verlag: Bernhardt-Witten, Bruchstr. 33, 58456 Witten
☎ 02302-71713, Telefax 02302-77126
E-Mail: mail@bernhardt-witten.de
Internet: www.bernhardt-witten.de

Satz: Schreibservice Bernhardt, Witten

Druck: inprint druck und service, Erlangen

© 2018 by Verlag Bernhardt-Witten

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Buch ist urheberrechtlich geschützt.

Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Einwilligung des Verlages in irgendeiner Form reproduziert (Nachdruck, Fotokopie oder ein anderes Verfahren) oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Im Falle der Zuwiderhandlung wird Strafantrag gestellt und Schadensersatz geltend gemacht.

Hinweis:

Bei den Funktionsbezeichnungen wird im Buchttext vorwiegend die männliche Form (z.B. Bürgermeister) verwendet. Dieses soll keine Diskriminierung der weiblichen Funktionsträger bedeuten, sondern lediglich der einfacheren Lesbarkeit dienen.

Vorwort zur 4. Auflage

Spätestens mit dem Haushaltsjahr 2012 haben alle Gemeinden und Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern auf das „Neue kommunale Haushalts- und Rechnungssystem (NKHR M-V)“, die kommunale Doppik, umgestellt. Seit der 3. Auflage des Buches im Oktober 2015 erfolgte im Rahmen einer Evaluation des NKHR M-V im Mai 2016 eine Änderung des untergesetzlichen Regelwerks zur kommunalen Doppik, insbesondere der Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik und der Verwaltungsvorschriften und ihrer Anlagen. Die offiziellen Änderungsdokumente lauten „Verordnung zur Änderung der GemHVO-Doppik und der Gemeindekassen-Doppik vom 19. Mai 2016 (GVOBl. M-V S. 311) und Verwaltungsvorschrift zur Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik und Gemeindekassenverordnung-Doppik (GemHVO-GemKVO-DoppVV M-V) vom 20. Mai 2016 (AmtsBl. M-V S. 310). Die Vorschriften traten am 6.6.2016 in Kraft.

Aus diesen Gründen wird nunmehr eine vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage vorgelegt, die den Rechts- und Praxisstand März 2018 berücksichtigt.

Mit herzlichem Dank für die bisher aus den Reihen der Leser erfolgten Anregungen und Hinweise verbinden wir die aufrichtige Bitte, diesen Dialog auch für diese Auflage unseres Buches fortzusetzen.

Ludwigslust, Neuruppin, Witten, Dortmund und Rheine, im März 2018

Die Verfasser

Vorwort zur 1. Auflage

Im November 2003 beschlossen die Innenminister der Länder in Jena, das kommunale Haushaltsrecht der Bundesländer grundlegend zu reformieren. Dabei lag die inhaltliche und zeitliche Ausgestaltung der Umsetzung bei den Ländern. Im Gegensatz zum weitgehend einheitlichen kameralen Haushaltsrecht ist daraus im Ergebnis eine rechtliche Vielfalt mit unterschiedlichen Buchungssystemen entstanden, die bei vielen Praktikern auf Unverständnis stößt und den Ruf nach Vereinheitlichung laut werden lässt.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat in den Jahren 2005 bis 2007 die wesentlichen Weichenstellungen zu einem Neuen Kommunalen Haushaltsrecht (NKHR) getroffen. Der Landtag beschloss am 14.12.2007 im Rahmen eines „Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts“ das „Gesetz zur Einführung der Doppik im kommunalen Rechnungswesen“ sowie umfassende Änderungen der Kommunalverfassung und des Kommunalprüfungsgesetzes. Wie die meisten Bundesländer wird eine an die Bedürfnisse der Kommunalverwaltung angepasste doppelte Buchführung die Grundlage des neuen Rechnungswesens darstellen und damit die Kameralistik ablösen.

Spätestens der Haushaltsplan des Jahres 2012 muss unter den Bedingungen des Neuen Kommunalen Haushaltsrechts aufgestellt und durchgeführt werden. Einige Kommunen sammeln als „Frühstarter“ bereits praktische Erfahrungen.

In zahlreichen Fortbildungsveranstaltungen wurde der Wunsch nach einem Fachbuch laut, das sich mit den spezifischen Regelungen des NKHR in Mecklenburg-Vorpommern auseinandersetzt. Die vorhandene Literatur setzt überwiegend am Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen an, das sich allerdings deutlich vom NKHR unterscheidet.

Um diesem Wunsch zu entsprechen, bot sich die Zusammenarbeit erfahrener Fachautoren aus Nordrhein-Westfalen mit Praktikern aus Mecklenburg-Vorpommern an. Schwerpunkt ist nicht allein die neue Buchungssystematik, die insbesondere den kameral erfahrenen Praktiker einige Umstellung abfordert. Ausgehend von der Eröffnungsbilanz geht das Buch auf die Planung des Haushalts und seine Ausführung bis hin zur Rechnungslegung ein.

Das Buch soll den mit der praktischen Einführung der Doppik betrauten Praktikern eine anschauliche Arbeitshilfe sein. Durch die Aufnahme praktischer Übungen mit Musterlösungen lässt sich das Buch aber auch für Zwecke des Studiums an der Fachhochschule und der Aus- und Fortbildung am Studieninstitut nutzen.

Die teilweise kritische Würdigung der neuen Regelungen aus praktischer Sicht soll eine Weiterentwicklung des Haushaltsrechts unterstützen.

Ludwigslust, Witten, Dortmund und Rheine, im August 2009

Die Verfasser

Zu den Verfassern

Christin Dittmann, Jahrgang 1972, schloss beim ehemaligen Landkreis Ludwigslust eine kaufmännische Ausbildung ab und wurde als Organisatorin zur Verbesserung der Aufbau- und Ablauforganisation eingesetzt. Nach Mitwirkung am Verwaltungsmodernisierungsprozess von 1995 bis 1998 u.a. in den Projekten Produkte, Controlling, Kosten- und Leistungsrechnung und Bürgerbüro war sie 1998 - 2010 als Controllerin, insbesondere für die sozialen Bereiche, tätig. Für die Zeit von Mitte 2006 bis Ende 2007 wurde sie vom Landkreis dem Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern für das Gemeinschaftsprojekt NKHR-MV zur Einführung der Doppik im Land zur Verfügung gestellt. Von Mitte 2006 bis 2010 war sie Mitglied des Projektteams zur Einführung der Doppik beim ehemaligen Landkreis Ludwigslust. Sie absolvierte den Studiengang Verwaltungs-Diplom betriebswirtschaftlicher Fachrichtung an der Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie Mecklenburg-Vorpommern e.V. und schloss 2007 mit dem Diplom ab. 2009 schloss sie außerdem einen Zertifikats-Lehrgang zum Kommunalen Bilanzbuchhalter mit Erfolg ab. Bis zur Kreisgebietsreform (September 2011) war sie als Chef-Controllerin beim Landkreis Ludwigslust tätig. Von 2012 bis Mitte 2015 nahm sie beim neu gebildeten Landkreis Ludwigslust-Parchim weiterhin Controllingaufgaben in der Stabsstelle Controlling wahr und übte zeitgleich die Funktion der stellvertretenden Betriebsleiterin des Eigenbetriebes Rettungsdienst aus. Daneben war sie 1,5 Jahre von 2014 bis Mitte 2015 Geschäftsführerin der Ludwigslust-Parchimer Rettungsdienst gGmbH. Mitte 2015 kehrte sie wieder komplett zu ihren ursprünglichen Wurzeln zurück und baute in der Stabsstelle Controlling des Landkreises Ludwigslust-Parchim das Berichtswesen mit Hilfe einer Business-Intelligence-Software auf. Seit dem 1.1.2017 leitet sie die Stabsstelle Controlling und IT des Landkreises.

Wolfgang Dittmann, Jahrgang 1959, schloss 1983 sein Studium an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW als Diplom-Verwaltungswirt ab. Er absolvierte 1989 den betriebswirtschaftlichen Studiengang an der Verwaltungsakademie für Westfalen in Hagen und erwarb das Verwaltungs-Diplom betriebswirtschaftlicher Fachrichtung. Schwerpunkt seiner beruflichen Tätigkeit waren seit 1984 die Themen Personalverwaltung, Organisation und Datenverarbeitung bei der Fachhochschule Aachen, der Gemeinde Schalksmühle und der Stadt Soest. 1991 wechselte er zum Landkreis Ludwigslust und war dort für die Bereiche Organisation und Personal verantwortlich. Er wirkte aktiv an der Vorbereitung der Kreisgebietsreform 1994 mit. Nach der Reform war er beim Landkreis Ludwigslust zunächst für die Organisation verantwortlich und koordinierte hauptamtlich 1995 bis 1998 das Verwaltungsmodernisierungsprojekt „Landratsamt 2000“. Von 1998 bis 2002 war er Organisationsmanager, von 2002 bis 2009 Leiter des Servicedienstes Finanzen (seit 2004 Servicezentrum II) mit den Aufgabenschwerpunkten Kreiskasse und Vollstreckung. In dieser Funktion war er innerhalb des Doppik-Einführungsprojektes auch für die Organisation des Rechnungswesens verantwortlich. Ab 2010 bis zur Kreisgebietsreform leitete er den Fachdienst Personal, Organisation und IT. Nach der Kreisgebietsreform koordinierte er innerhalb der Verwaltung des Landkreises Ludwigslust-Parchim das Projekt Verwaltungsmodernisierung. Seit dem 1.1.2017 leitet er den Fachdienst Rechnungs- und Gemeindeprüfung des Landkreises. Er lehrt an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Mecklenburg-Vorpommern innerhalb der Themen der öffentlichen Betriebswirtschaft auch das NKHR im Rahmen des Rechnungswesens.

Arne Kröger, Jahrgang 1972, begann 1989 seine Ausbildung beim damaligen Rat des Kreises Schwerin, nach der gesellschaftspolitischen Wende schloss sich von 1991 - 1993 der Vorbereitungsdienst für den mittleren Verwaltungsdienst beim Kreis Schwerin-Land sowie der Angestelltenlehrgang II begleitend zur Sachbearbeiter Tätigkeit Finanzen/Haushalt an. Nach der Kreisgebietsreform im Jahre 1994 wechselte er zunächst zum Landkreis Parchim, 1995 zum Landkreis Ludwigslust als Prüfer im Rechnungsprüfungsamt. 1997 wechselte er in den Bereich Kämmerei als Sachbearbeiter Haushalt/Planung und ab 1999 als Finanzmanager. 2001 folgte der Studien-

abschluss als Verwaltungsbetriebswirt (VWA) an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Schwerin. Seit 2002 ist er nebenamtlicher Dozent des Studieninstituts Mecklenburg für die Fächer Verwaltungsbetriebswirtschaft und Abgabenrecht. Am 30.01.2011 wurde er in Direktwahl als hauptamtlicher Bürgermeister der Stadt Neustadt-Glewe gewählt und trat seinen Dienst ab 01.03.2011 an. Ebenfalls 2011 beendete er erfolgreich sein Studium mit dem Abschluss Diplomkaufmann (FH). 2013 wurde ihm nach einem weiteren Studium der akademische Grad des Master of Business Consulting (M.BC.) verliehen. Zum 31.05.2015 legte er auf eigenen Wunsch sein Amt als Bürgermeister nieder. Seit dem 01.06.2015 ist er als Kämmerer für den Landkreis Ostprignitz-Ruppin tätig.

Horst Bernhardt, Jahrgang 1947, trat 1966 in den Dienst des ehemaligen Amtes Blankenstein-Ruhr ein. Nach der Ausbildung zum gehobenen Dienst übernahm er 1972 als Abteilungsleiter die Vermögens- und Schuldenverwaltung sowie die zentrale Betriebsabrechnung in der Kämmerei der aus der kommunalen Neuordnung hervorgegangenen Stadt Hattingen. Zugleich wurde er als Hauptsachbearbeiter in der Haushaltsabteilung eingesetzt, verbunden mit der Ausbildungsbetreuung in der gesamten Finanzverwaltung. Nach einem zwischenzeitlich erfolgten Studium an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Industriebezirk wechselte er im April 1978 als hauptamtlicher Dozent zur Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Abteilungen Wuppertal und Gelsenkirchen zuständig für die Lehre für „Kommunales Finanzmanagement (Öffentliche Finanzwirtschaft)“, „Rechnungswesen“, „Kosten- und Leistungsrechnung/Wirtschaftlichkeitsrechnung“ und „Steuerrecht“. Bis zu seiner Pensionierung im Jahre 2012 führte er Fortbildungsveranstaltungen für das kommunale Studieninstitut Mecklenburg-Vorpommern zu haushaltswirtschaftlichen Themen sowie Bilanzbuchhalterlehrgänge in Mecklenburg-Vorpommern durch.

Klaus Mutschler, Jahrgang 1958, schloss 1981 sein Studium an der FHöV NRW ab. Er absolvierte den kommunalwissenschaftlichen Studiengang an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie und schloss diesen 1989 mit Erwerb des Kommunaldiploms ab. Nach Wahrnehmung von Aufgaben als Standesbeamter und im Bereich des Stadtmarketing bei der Stadt Dortmund war er seit 1992 bis 2005 dort im Rechnungswesen tätig. Stationen waren hierbei die Hauptsachbearbeitung im Bereich Grundbesitzabgaben, die Geschäftsführung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften sowie der Aufbau eines Immobilienmanagements und einer Anlagenbuchhaltung. Seit Beginn des überörtlichen Modellprojektes im Jahre 1999 war er Mitglied des Projektteams der Stadt Dortmund. Neben unterschiedlichen Fortbildungsmaßnahmen zum kaufmännischen Rechnungswesen schloss er in 2003 einen Zertifikats-Lehrgang zum Bilanzbuchhalter mit Erfolg ab. Letzte Aufgabenschwerpunkte waren die inhaltliche Betreuung von Fachbereichen beim Umstellungsprozess auf das doppelte Rechnungswesen sowie die Durchführung von diesbezüglichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen. Im September 2005 wechselte er als hauptamtlicher Dozent zur Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Abteilung Köln, nunmehr Abteilung Gelsenkirchen, Außenstelle Dortmund. Er vertritt dort im Wesentlichen die Fächer „Kommunales Finanzmanagement“ und „Rechnungswesen“.

Christoph Stockel-Veltmann, Jahrgang 1965, trat 1985 in den Dienst der Stadt Rheine ein. Nach Abschluss der Ausbildung für den gehobenen Verwaltungsdienst und einem kurzen Einsatz als Personalsachbearbeiter schloss sich von 1989 bis 1993 ein Studium der Volkswirtschaftslehre an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster an. Nach Tätigkeiten als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Münster und als Abteilungsleiter in der Kämmerei der Stadt Telgte war er von 1999 - 2004 Leiter des „Modellprojekts zur Einführung des doppelten Kommunalhaushalts“ im Finanzdezernat der Stadt Münster. In dieser Funktion war er maßgeblich an der Konzeption des „Neuen Kommunalen Finanzmanagement“ (NKF) beteiligt und verantwortlich für die Umsetzung des Konzepts in fünf Pilotämtern der Stadt Münster. Seit Juli 2004 ist er hauptamtlicher Dozent an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW am Studienstandort Münster.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	III
Zu den Verfassern	V
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXI
1. Einführung	1
1.1 Öffentliche Finanzwirtschaft	1
1.1.1 Begriff	1
1.1.2 Innere Abgrenzung der öffentlichen Finanzwirtschaft.....	1
1.2 Träger der öffentlichen Finanzwirtschaft.....	3
1.3 Finanzhoheit	4
1.3.1 Begriff und Bedeutung	4
1.3.2 Finanzhoheit der Gemeinden und Kreise	4
1.4 Abgrenzung der öffentlichen Finanzwirtschaft zur Privatwirtschaft.....	5
1.5 Aufgaben und Ziele der öffentlichen Finanzwirtschaft.....	7
1.5.1 Allgemein	7
1.5.2 Finanzpolitische Funktion.....	7
1.5.3 Politische Funktion	7
1.5.4 Wirtschaftspolitische Funktion	8
1.5.5 Betriebswirtschaftliche Funktion.....	9
2. Kommunales Haushaltsrecht	10
2.1 Haushaltswirtschaft	10
2.2 Verfassungsrechtliche Grundlagen und Haushaltsautonomie	11
2.3 Geschichtlicher Überblick	14
2.3.1 Frühere Entwicklung	14
2.3.2 Fortentwicklung des kommunalen Haushaltsrechts im Rahmen des Neuen Steuerungsmodells durch die Einführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens (NKHR M-V)	16
2.4 Öffentliches Haushaltsrecht im System und im Vergleich	18
2.4.1 Vergleich der einzelnen Ebenen	18
2.4.2 Stellung im System der Volkswirtschaft	19
2.4.3 Verhältnis zur Betriebswirtschaft	20
2.5 Staatliche Aufsicht über die gemeindliche Haushaltswirtschaft	21
3. Grundzüge der kaufmännischen (doppelten) Buchführung	23
3.1 Inhalt und Abgrenzung zu anderen Rechnungssystemen	23
3.2 Die kommunale Bilanz	28
3.2.1 Inventur als Datenermittlung für die Bilanz.....	28
3.2.2 Inhalt und Aufbau der kommunalen Bilanz	30
3.2.3 Bilanzveränderungen (Bestandsbuchungen)	31
3.3 Die Erfolgsrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung)	36
3.4 Übungen.....	45

4.	Ablauf, Organisation und Personal im kommunalen Finanzmanagement	62
4.1	Stationen der Haushaltswirtschaft und Haushaltskreislauf	62
4.2	Ausführung des Haushaltsplanes.....	62
4.3	Personal im NKHR M-V.....	69
4.3.1	Mitarbeiter im NKHR M-V	69
4.3.2	Rechnungsprüfungspersonal	70
4.4	Übungen.....	72
5.	Der Haushaltsplan	74
5.1	Begriff	74
5.2	Abgrenzung zu anderen Plänen und Rechnungen	76
5.2.1	Haushaltssatzung und Haushaltsplan	76
5.2.2	Mittelfristige Planung und Haushaltsplan.....	77
5.2.3	Wirtschaftsplan und Haushaltsplan	78
5.2.4	Jahresabschluss und Haushaltsplan	79
5.3	Bedeutung des Haushaltsplanes	80
5.3.1	Allgemeines	80
5.3.2	Finanzwirtschaftliche Funktion	80
5.3.3	Administrative Lenkungsfunktion	81
5.3.4	Wirtschafts- und sozialpolitische Programmfunktion	81
5.4	Wirkung des Haushaltsplanes	82
5.4.1	Allgemeine Wirkung.....	82
5.4.2	Wirkung bezüglich der Aufwendungen und Auszahlungen.....	82
5.4.3	Wirkung bezüglich der Verpflichtungsermächtigungen	83
5.4.4	Wirkung bezüglich der Erträge und Einzahlungen.....	84
5.4.5	Bindung im Innenverhältnis	84
5.5	Übungen.....	85
6.	Gliederung des Haushalts nach Teilhaushalten und Produkten	87
6.1	Notwendigkeit einer Haushaltsgliederung	87
6.2	Anforderungen an die Gliederung eines Haushaltsplanes	88
6.2.1	Die Anforderungen der Bürger und der politischen Gremien	88
6.2.2	Die Anforderungen der Aufsichtsbehörden	89
6.2.3	Die Anforderungen der Finanzstatistik	90
6.2.4	Die Anforderungen der Verwaltung.....	91
6.3	Anknüpfungspunkte für eine Gliederung: Verwaltungsaufbau oder Aufgabenbereiche	91
6.4	Gliederungsvorschriften für den kommunalen Haushalt im NKHR M-V	94
6.4.1	Der Hauptproduktbereich 6 „Zentrale Finanzleistungen“	95
6.4.2	Gestaltungsfreiheit bei der Gliederung des Haushalts	96
6.5	Praktische Umsetzung der Gliederung mit kaufmännischer Standardsoftware.....	97
6.6	Übungen.....	99
7.	Die Elemente des Haushaltsplans	104
7.1	Ergebnishaushalt	106
7.2	Finanzhaushalt	110

7.3	Übung.....	114
7.4	Teilhaushalte.....	119
7.4.1	Teilergebnishaushalt.....	130
7.4.2	Teilfinanzhaushalt.....	134
7.4.3	Planung einzelner Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen.....	137
7.4.4	Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt im Hauptproduktbereich 6 „Zentrale Finanzleistungen“.....	140
7.4.5	Ziele.....	142
7.4.6	Kennzahlen und Indikatoren.....	146
7.4.7	Auszug aus dem Stellenplan.....	148
7.5	Übung.....	149
8.	Die Anlagen zum Haushaltsplan.....	153
8.1	Einführung.....	153
8.2	Vorbericht.....	154
8.3	Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen.....	156
8.4	Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahme, der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit, der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte sowie der Rückstellungen.....	157
8.5	Investitionsprogramm.....	157
8.6	Nachweis dauernde Leistungsfähigkeit.....	158
8.7	Übersicht über Zuwendungen an Fraktionen.....	159
8.8	Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, der sonstigen Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden, der rechtsfähigen Anstalten und Zweck- Verbände sowie der Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechts- Persönlichkeit, an denen die Gemeinde mit maßgeblichem Einfluss beteiligt ist	159
8.9	Neueste geprüfte Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe, der sonstigen Sonder- vermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden, sowie der Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, an denen die Gemeinde mit maßgeblichem Einfluss beteiligt ist, sofern die Gemeindevertretung diese nicht bereits festgestellt oder zur Kenntnis genommen hat.....	161
8.10	Übersicht über die Wirtschaftslage und voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen und Einrichtungen (nicht mit beherrschendem Einfluss beteiligt).....	161
8.11	Wirtschaftspläne der rechtsfähigen Anstalten des öffentlichen Rechts, für die Die Gemeinde Gewährträger ist.....	162
8.12	Wirtschaftspläne/Haushaltspäne der Zweckverbände.....	162
8.13	Übersicht über die Finanzdaten der Teilhaushalte sowie der wesentlichen und der sonstigen Produkte.....	163
8.14	Übersicht über die produktbezogenen Finanzdaten.....	163
8.15	Übersicht über Erträge und Aufwendungen.....	164
8.16	Übersicht über die Zusammensetzung und Entwicklung des Saldos der liquiden Mittel und der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit im Finanzplanungszeitraum.....	164
8.17	Weitere Anlagen.....	165
8.18	Übung.....	165
9.	Grundsätze im kommunalen Finanzmanagement des NKHR M-V.....	168
9.1	Überblick und Einteilung.....	168
9.2	Allgemeine Haushaltsgrundsätze.....	169

9.2.1	Sicherung der Aufgabenerfüllung, Verbot der Überschuldung. Liquiditätssicherung und Beachtung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts	169
9.2.1.1	Stetige Aufgabenerfüllung	169
9.2.1.2	Sicherung der Liquidität und der Finanzierung von Investitionen	170
9.2.1.3	Verbot der Überschuldung.....	171
9.2.1.4	Beachtung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts	171
9.2.1.5	Übung.....	173
9.2.2	Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Effizienz	174
9.2.2.1	Grundsatz	174
6.2.2.2	Übung.....	177
9.2.3	Haushaltsausgleich	178
9.2.4	Grundsätze der Finanzierung der kommunalen Produkte	179
9.2.4.1	Deckungsmittel der Haushaltswirtschaft.....	179
9.2.4.2	Verpflichtung zur Erhebung von Abgaben	180
9.2.4.3	Rangfolge der Deckungsmittel	181
9.2.4.4	Übung.....	184
9.2.5	Vorherigkeit	186
9.2.5.1	Grundsatz	186
9.2.5.2	Ausnahme: Vorläufige Haushaltsführung	187
9.2.5.3	Übungen	193
9.2.6	Öffentlichkeit	196
9.2.6.1	Grundsatz	196
9.2.6.2	Möglichkeiten der Beteiligung der Öffentlichkeit	197
9.2.6.3	Übung.....	198
9.3	Veranschlagungsgrundsätze	199
9.3.1	Allgemeines	199
9.3.2	Vollständigkeit und Einheit.....	200
9.3.2.1	Allgemeines	200
9.3.2.2	Vollständigkeit.....	200
9.3.2.3	Besonderheiten zur Vollständigkeit.....	206
9.3.2.4	Einheit	209
9.3.2.5	Ausnahmen zur Einheit	209
9.3.2.6	Übungen.....	211
9.3.3	Periodengerechte Zuordnung der Finanzvorfälle	214
9.3.3.1	Einführung	214
9.3.3.2	Periodengerechte Zuordnung der Erträge und Aufwendungen im Ergebnishaushalt	214
9.3.3.3	Periodengerechte Zuordnung der Einzahlungen und Auszahlungen im Finanzhaushalt	218
9.3.3.4	Übungen.....	220
9.3.4	Grundsätze der Verständlichkeit (Haushaltsklarheit), der Steuerungsrelevanz sowie der Richtigkeit und Willkürfreiheit (Haushaltswahrheit)	224
9.3.4.1	Informationen zur Verständlichkeit (Haushaltsklarheit) und Steuerungsrelevanz der kommunalen Haushalte	224
9.3.4.2	Richtigkeit und Willkürfreiheit (Haushaltswahrheit).....	226
9.3.4.3	Übung.....	227
9.3.5	Bruttoprinzip (Saldierungsverbot)	228
9.3.5.1	Grundsatz.....	228
9.3.5.2	Ausnahmen zum Bruttoprinzip	229
9.3.5.3	Besonderheiten	230
9.3.5.4	Übungen	233
9.3.6	Einzelveranschlagung.....	236

9.3.6.1	Grundsatz.....	236
9.3.6.2	Ausnahmen.....	238
9.3.6.3	Übungen.....	239
9.4	Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB-K).....	241
9.4.1	Allgemeines.....	241
9.4.2	Ziele ordnungsmäßiger Buchführung (allgemeine Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung).....	242
9.4.2.1	Dokumentation.....	242
9.4.2.2	Rechenschaft.....	243
9.4.2.3	Kapitalerhaltung und intergenerative Gerechtigkeit.....	243
9.4.3	Spezielle Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung.....	245
9.4.3.1	Vollständigkeit.....	245
9.4.3.2	Verständlichkeit, Richtigkeit und Willkürfreiheit.....	245
9.4.3.3	Öffentlichkeit.....	246
9.4.3.4	Aktualität.....	246
9.4.3.5	Relevanz.....	247
9.4.3.6	Stetigkeit.....	247
9.4.3.7	Recht- und Ordnungsmäßigkeit.....	248
9.4.3.8	Übungen.....	248
10.	Die kommunale Bilanz (Ansatz, Ausweis und Bewertung in den einzelnen Posten).....	251
10.1	Inventur, Inventar.....	251
10.1.1	Begriff und Inhalt.....	251
10.1.2	Festwertbildung.....	253
10.1.3	Gruppenbewertung.....	254
10.1.4	Inventurverfahren.....	255
10.1.5	Übungen.....	257
10.2	Allgemeine Grundlagen der Bewertung im kommunalen Haushaltsrecht.....	259
10.2.1	Anschaffungs- und Herstellungswerte.....	259
10.2.1.1	Anschaffungswerte.....	260
10.2.1.2	Herstellungswerte.....	265
10.2.1.3	Übungen.....	268
10.2.2	Verhältnis zu anderen Bewertungszwecken.....	271
10.2.2.1	Steuerrecht.....	271
10.2.2.2	Gebührenrecht.....	272
10.2.2.3	Kosten- und Leistungsrechnung.....	272
10.2.3	Abgrenzung von Herstellungskosten und Erhaltungsaufwand.....	273
10.2.3.1	Erweiterung eines Vermögensgegenstandes.....	274
10.2.3.2	Über den ursprünglichen Zustand hinausgehende Wertverbesserung.....	275
10.2.3.3	Zusammentreffen von Herstellungskosten und Erhaltungsaufwendungen.....	277
10.2.3.4	Übungen.....	279
10.2.4	Bilanzierungsgrundsätze.....	283
10.2.4.1	Bilanzidentität.....	283
10.2.4.2	Einzelbewertung.....	283
10.2.4.3	Vorsichtsprinzip.....	283
10.2.4.4	Periodisierungsprinzip.....	285
10.2.4.5	Stetigkeit der Bewertungsmethode.....	285
10.2.4.6	Vollständigkeit.....	285
10.2.4.7	Saldierungsverbot.....	285
10.2.4.8	Stichtagsprinzip.....	286

10.2.4.9	Fortführungsprinzip (Going-Concern-Prinzip).....	286
10.3	Die Posten der kommunalen Bilanz	286
10.3.1	Grundstrukturen einer Bilanz.....	287
10.3.2	Aktiv-Seite der Bilanz	290
10.3.2.1	Begriffe, allgemeine Grundlagen	290
10.3.2.2	Immaterielle Vermögensgegenstände.....	294
10.3.2.3	Sachvermögen	298
10.3.2.4	Finanzvermögen.....	317
10.3.2.5	Kassenbestand und Bankguthaben	323
10.3.2.6	Rechnungsabgrenzungsposten (aktiv)	324
10.3.2.7	Ausgleichsposten für latente Steuern	324
10.3.2.8	Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag.....	325
10.3.2.9	Übungen.....	325
10.3.3	Passiv-Seite der Bilanz	327
10.3.3.1	Eigenkapital	327
10.3.3.2	Rückstellungen	342
10.3.3.3	Übungen.....	354
10.3.3.4	Verbindlichkeiten	357
10.3.3.5	Rechnungsabgrenzungsposten (passiv).....	362
10.3.4	Übungen zum Bilanzausweis	363
11.	Grundzüge der Eröffnungsbilanz	366
11.1	Rahmenvorschriften für die Eröffnungsbilanzierung	366
11.2	Abweichende Bestimmungen für die Eröffnungsbilanz und deren Auswirkung auf Ergebnis- bzw. Finanzhaushalt	367
11.2.1	Unterlassene Instandhaltung in den Vorjahren.....	368
11.2.2	Festlegung der wirtschaftlichen Restnutzungsdauer.....	369
11.2.3	Ersatzwerte.....	369
11.2.4	Vereinfachungsregel für abnutzbare bewegliche Vermögensgegenstände (5.000 Euro-Wertgrenze).....	372
11.2.5	Übernahme bereits ermittelter Wertansätze	372
11.2.6	Zuwendungen an Dritte	372
11.2.7	Übernahme von Kassenresten als Forderungen und Verbindlichkeiten	373
11.2.9	Korrektur der Eröffnungsbilanz.....	373
12.	Die Ergebnisrechnung - Grundlagen und Einzelpositionen	375
12.1	Übersicht über die Erfolgs- und Finanzrechnungskonten (Kontenklassen 4, 5, 6 und 7).....	375
12.2	Die Konten der Ergebnisrechnung (Kontenklassen 4 und 5).....	376
12.2.1	Steuern und ähnliche Abgaben (Kontengruppe 40).....	376
12.2.2	Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge (Kontengruppe 41)	380
12.2.3	Erträge der sozialen Sicherung (auch Transfererträge) (Kontengruppe 42)	386
12.2.4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte (Kontengruppe 43).....	386
12.2.5	Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen (Kontengruppe 44)	387
12.2.6	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen (Kontengruppe 45)	388
12.2.7	Sonstige laufende Erträge (Kontengruppe 46)	389
12.2.8	Zinserträge und sonstige Finanzerträge (Kontengruppe 47)	391
12.2.9	Erträge aus internen Leistungsbeziehungen (Kontengruppe 48).....	391

12.2.10	Außerordentliche Erträge (Kontengruppe 49).....	392
12.2.11	Personalaufwendungen (Kontengruppe 50).....	393
12.2.12	Versorgungsaufwendungen (Kontengruppe 51).....	396
12.2.13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (Kontengruppe 52)	399
12.2.14	Bilanzielle Abschreibungen (Kontengruppe 53)	401
12.2.15	Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen (Kontengruppe 54)	405
12.2.16	Aufwendungen der sozialen Sicherung (Kontengruppe 55).....	406
12.2.17	Sonstige laufende Aufwendungen (Kontengruppe 56).....	407
12.2.18	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen (Kontengruppe 55)	408
12.2.19	Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (Kontengruppe 58)	408
12.2.20	Außerordentliche Aufwendungen, Einstellungen in Rücklagen (Kontengruppe 59)	408
12.3	Übungen	409
13.	Die Finanzrechnung - Grundlagen und Einzelpositionen	417
13.1	Die Ermittlung der Finanzrechnung.....	417
13.2	Übung.....	424
13.3	Originäre Buchung der Finanzrechnung in den Kontenklassen 6 und 7.....	426
13.4	Zusammenfassung: Systematische Behandlung der Abweichungen von Finanz- und Ergebnisrechnung bei originärer Buchung der Finanzrechnung	429
13.5	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Kontengruppe 68)	430
13.6	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Kontengruppe 69).....	430
13.7	Versorgungsauszahlungen (Kontengruppe 71)	432
13.8	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Kontengruppe 78)	433
13.9	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Kontengruppe 79)	435
13.10	Die Erfüllung der finanzstatistischen Anforderungen mit Hilfe der Konten der Finanzrechnung	435
13.11	Übungen	435
14.	Die Bewirtschaftungsgrundsätze	441
14.1	Allgemeines	441
14.2	Bewirtschaftungsformen	441
14.2.1	Gesamtdeckung.....	441
14.2.2	Budgetierung.....	443
14.3	Bewirtschaftungsregeln.....	447
14.3.1	Unechte Deckungsfähigkeit.....	447
14.3.2	Echte Deckungsfähigkeit.....	450
14.3.3	Übertragbarkeit von Haushaltsermächtigungen.....	455
14.3.3.1	Allgemeines	455
14.3.3.2	Die einzelnen Ermächtigungübertragungsarten.....	458
14.3.3.3	Auswirkungen auf den Jahresabschluss	462
14.4	Übungen	463
15.	Verpflichtungsermächtigungen	467
15.1	Begriff und Verfahren	467
15.2	Umfang und zeitliche Beschränkung der Verpflichtungsermächtigungen.....	469
15.3	Veranschlagung der Verpflichtungsermächtigungen	471
15.4	Übungen	473

16.	Finanzierung des kommunalen Haushalts	477
16.1	Innenfinanzierung	478
16.1	Selbstfinanzierung	478
16.1.2	Finanzierung aus dem Rückfluss von Abschreibungswerten	479
16.1.3	Fremdfinanzierung aus Rückstellungen	480
16.1.4	Finanzierung aus Vermögensumschichtung	481
16.2	Außenfinanzierung	482
16.2.1	Finanzierung aus Investitionszuwendungen und Beiträgen	482
16.2.2	Finanzierung aus Krediten	483
16.2.2.1	Schulden	484
16.2.2.2	Verbindlichkeiten	484
16.2.3	Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit	485
16.2.4	Kredite	485
16.2.4.1	Kredite für Investitionen und Investitionsförderungen	486
16.2.4.2	Anleihen	488
16.2.5	Kreditähnliche Verbindlichkeiten	489
16.2.6	Innere Darlehen	489
16.2.7	Haftungsverhältnisse	490
16.2.8	Zusammenfassende Darstellung der Begriffe der Fremdfinanzierung	490
16.3	Fremdfinanzierung durch Kredite	491
16.3.1	Kriterien für die Einteilung von Krediten	491
16.3.1.1	Rechtliche Ausgestaltung der Kredite	491
16.3.1.2	Laufzeit der Kredite	492
16.3.1.3	Tilgung der Kredite	492
16.3.1.4	Kreditgeber	494
16.3.2	Voraussetzungen der Kreditaufnahme	494
16.3.2.1	Allgemeines	494
16.3.2.2	Beachtung des Subsidiaritätsprinzips	495
16.3.2.3	Vorliegen einer Kreditermächtigung in der Haushaltssatzung	495
16.3.2.4	Einhaltung des Verbots der bilanziellen Überschuldung	497
16.3.2.5	Bewahrung der dauernden Leistungsfähigkeit	497
16.3.2.6	Beachtung gemeindegewirtschaftlicher Belange	499
16.3.2.7	Beachtung gesamtwirtschaftlicher Belange	500
16.3.2.8	Zuständigkeit für die tatsächliche Kreditaufnahme	501
16.3.2.9	Auswahl der Kreditangebote unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit	501
16.3.2.10	Evtl. Einzelgenehmigung	502
16.3.2.11	Einhaltung der Formvorschriften bei der Kreditaufnahme	503
16.3.3	Ausgestaltung von Krediten (Kreditbedingungen)	503
16.3.3.1	Allgemeines	503
16.3.3.2	Zinssatz	503
16.3.3.3	Auszahlung	504
16.3.3.4	Laufzeit und Tilgung	505
16.3.3.5	Kündigungsrechte	505
16.3.3.6	Abtretung der Forderung	505
16.3.3.7	Sicherheiten	506
16.3.4	Abwicklung der Kreditaufnahme im Haushalt	506
16.3.4.1	Veranschlagung der Kredite und der daraus resultierenden Aufwendungen und Auszahlungen	506
16.3.4.2	Umschuldung	509
16.3.4.3	Dauer der Kreditermächtigung	509
16.3.5	Übungen	510

16.4	Kreditähnliche Verbindlichkeiten	518
16.4.1	Bedeutung kreditähnlicher Geschäfte	518
16.4.2	Voraussetzungen zum Eingehen von kreditähnlichen Geschäften	519
16.4.3	Ausgestaltung kreditähnlicher Geschäfte	520
16.4.4	Verbindung zum Haushaltsplan	520
16.4.5	Übung	521
16.5	Haftungsverhältnisse: Sicherheitsleistungen, Bürgschaften und Gewährverträge ..	522
16.5.1	Sicherheitsleistungen	522
16.5.2	Bürgschaften und Gewährverträge	523
16.5.2.1	Allgemeines	523
16.5.2.2	Voraussetzungen	524
16.5.2.3	Ausgestaltung von Bürgschaften, Gewährverträgen und anderen Haftungsverhältnissen	524
16.5.2.4	Verbindung zum Haushalt	526
16.5.2.5	Übung	526
17.	Der Haushaltsausgleich	528
17.1	Bedeutung und Zielsetzung	528
17.2	Ausgleich des Ergebnishaushaltes/Finanzhaushaltes und der Ergebnisrechnung/ Finanzrechnung (Haushaltsausgleich im engeren Sinn)	531
17.2.1	Ergebnishaushalt/Ergebnisrechnung	531
17.2.2	Finanzhaushalt/Finanzrechnung	532
17.3	Verbot der bilanziellen Überschuldung	533
17.4	Haushaltsjahresübergreifender Ausgleich	534
17.4.1	Bedeutung und Funktion des Ergebnisvortrags	535
17.4.2	Einbeziehung der mittelfristigen Planung	536
17.5	Rechtsfolgen unausgeglichener Haushalte	536
17.5.1	Inanspruchnahme des Ergebnisvortrages	536
17.5.2	Inanspruchnahme der Kapitalrücklage	537
17.5.3	Eintreten oder Drohen einer Überschuldung	540
17.5.4	Zusammenfassung	540
17.6	Exkurs: Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit	542
17.7	Übungen	543
18.	Die Haushaltssatzung	548
18.1	Rechtsnatur und Bedeutung der Haushaltssatzung	548
18.1.1	Gemeindliches Satzungsrecht	548
18.1.2	Haushaltssatzung als besondere Satzung	548
18.2	Inhalt der Haushaltssatzung	550
18.2.1	Rechtliche Grundlagen	550
18.2.2	Pflichtinhalte der Haushaltssatzung (§ 45 Abs. 3, 4 KV M-V)	550
18.2.2.1	Festsetzung des Haushaltsplanes	550
18.2.2.2	Festsetzung der Kreditermächtigung für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	552
18.2.2.3	Festsetzung des Gesamtbetrages der Verpflichtungsermächtigungen	553
18.2.2.4	Festsetzung des Höchstbetrages der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit	554
18.2.2.5	Festsetzung der Realsteuerhebesätze	555
18.2.2.6	Festsetzung der Amtsumlage bzw. Kreisumlage	557

18.2.2.7	Festsetzungen zum Stellenplan	557
18.2.2.8	Festsetzungen zum Eigenkapital	558
18.2.3	Freiwillige Inhalte der Haushaltssatzung	558
18.3	Zustandekommen der Haushaltssatzung	559
18.3.1	Überblick	559
18.3.2	Vorverfahren	560
18.3.3	Aufstellung des Entwurfs der Haushaltssatzung	564
18.3.4	Beratung in den Ortsteilvertretungen und den Fachausschüssen	564
18.3.4.1	Beteiligung der Ortsteilvertretungen	564
18.3.4.2	Beteiligung der Fachausschüsse	565
18.3.4.3	Beteiligung des Finanz- und Hauptausschusses	565
18.3.5	Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung	565
18.3.6	Vorlage bei der Aufsichtsbehörde	566
18.3.7	Bekanntmachung der Haushaltssatzung	567
18.4	Behandlung der Haushaltssatzung durch die Rechtsaufsichtsbehörde	568
18.5	Übung	569
19.	Die Ausführung des Haushaltes	570
19.1	Erhebung der Einzahlungen	570
19.1.1	Rechtzeitige Einziehung der Einzahlungen	570
19.1.2	Kleinbeträge	570
19.1.3	Rundungen	572
19.1.4	Beschränkungen der Mittelbewirtschaftung	572
19.2	Bewirtschaftung der Haushaltsmittel und Verpflichtungsermächtigungen	573
19.2.1	Grundsätze für den Gesamthaushalt	573
19.2.2	Besondere Grundsätze für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen ...	574
19.2.3	Überwachung der Haushaltsermächtigungen	575
19.2.4	Übungen	576
19.3	Haushaltswirtschaftliche Sperre u. Unterrichtungspflichten gegenüber der Gemeindevertretung	584
19.3.1	Haushaltswirtschaftliche Sperre	584
19.3.2	Unterrichtungspflichten gegenüber der Gemeindevertretung	585
19.4	Stundung, Niederschlagung und Erlass	586
19.4.1	Generelle Begriffsabgrenzungen	586
19.4.2	Rechtsgrundlagen	586
19.4.3	Stundung	587
19.4.3.1	Voraussetzungen	587
19.4.3.2	Verzinsung der gestundeten Forderungen	589
19.4.3.3	Bewilligungsverfahren	589
19.4.3.4	Exkurs: Aussetzung der Vollziehung	591
19.4.4	Niederschlagung	591
19.4.4.1	Voraussetzung für eine Niederschlagung; Einzelwertberichtigung	591
19.4.4.2	Auswirkung der Niederschlagung auf das Rechnungswesen	593
19.4.4.3	Praktisches Verfahren bei einer Niederschlagung (Einzelwertberichtigung)	593
19.4.4.4	Pauschalwertberichtigung	594
19.4.5	Erlass	595
19.4.5.1	Voraussetzungen	595
19.4.5.2	Praktisches Verfahren	596
19.4.6	Beispiel einer Dienstanweisung	596
19.4.7	Übungen	601

19.5	Auftragsvergaben	605
19.5.1	Verfahren und Voraussetzungen	605
19.5.2	Übungen	614
19.6	Bewegliche Haushaltsführung	615
19.6.1	Einführung	615
19.6.2	Begriff der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen	616
19.6.3	Verhältnis zur Nachtragshaushaltssatzung und zu anderen Bereitstellungs- möglichkeiten für Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen	619
19.6.4	Bewilligung von über- u. außerplanmäßigen Aufwendungen u. Auszahlungen.....	621
19.6.4.1	Ermittlung der Höhe der benötigten zusätzlichen Ermächtigung.....	621
19.6.4.2	Voraussetzungen für die Bewilligung	622
19.6.4.3	Entscheidungsgremien.....	628
19.6.4.4	Praktisches Beantragungs- und Bewilligungsverfahren	629
19.6.5	Deckung von überplanmäßigen Auszahlungen im folgenden Haushaltsjahr (unechter Haushaltsvorgriff) nach § 50 Abs. 2 KV M-V	629
19.6.6	Exkurs: Praxisgerechtes Gesamtprüfungsverfahren für die Bereitstellung von Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen	634
19.6.7	Überplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen	636
19.6.8	Übungen.....	637
20.	Vermögenswirtschaft und Anlagebuchhaltung	649
20.1	Struktur des kommunalen Vermögens	649
20.2	Sondervermögen und Treuhandvermögen	651
20.2.1	Inhaltliche Abgrenzung.....	651
20.2.2	Vermögen der nichtrechtsfähigen örtlichen Stiftungen	651
20.2.3	Eigenbetriebe	652
20.2.4	Städtebauliches Sondervermögen	652
20.2.5	Treuhandvermögen.....	653
20.2.6	Zusammenfassung.....	653
20.3	Erwerb und Veräußerung von Vermögen	654
20.3.1	Abbildung im Rechnungswesen.....	654
20.3.2	Erwerb von Vermögen	654
20.3.3	Veräußerung von Vermögen	654
20.3.4	Übungen.....	657
20.4	Bewirtschaftung von Vermögen.....	660
20.4.1	Grundsätze der Vermögensbewirtschaftung.....	660
20.4.2	Anlagenbuchhaltung	661
20.4.3	Finanzvorfälle in einer Anlagenbuchhaltung	665
20.4.4	Übungen.....	667
20.5	Kapitalanlagen und Liquiditätsmanagement	670
20.6	Wirtschaftliche und nicht wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden	673
20.6.1	Allgemeines	673
20.6.2	Formen der wirtschaftlichen und nicht wirtschaftlichen Betätigung	673
20.6.3	Voraussetzungen einer wirtschaftlichen Betätigung	675
20.6.4	Sonstige Regelungen über wirtschaftliche Betätigungen	676
20.6.5	Übungen.....	677

21.	Nachtragshaushaltssatzung und Nachtragshaushaltsplan	679
21.1	Notwendigkeit der Nachtragshaushaltssatzung	679
21.2	Pflicht zum Erlass einer Nachtragssatzung	679
21.2.1	Überblick	679
21.2.2	Änderung eines Paragrafen der Haushaltssatzung	680
21.2.3	Pflichten nach § 48 Abs. 2 KV M-V	682
21.2.4	Änderung des Stellenplans	686
21.2.5	Änderung von Haushaltsvermerken und Budgets	687
21.2.6	Änderung von Zielen und Kennzahlen	687
21.2.7	Erhöhung der Ansätze für Verfügungsmittel	688
21.3	Inhalt des Nachtragshaushaltsplans	688
21.4	Zustandekommen der Nachtragshaushaltssatzung	690
21.5	Übungen	692
22.	Der Jahresabschluss	698
22.1	Gestaltung des Jahresabschlusses	698
22.2	Die einzelnen Elemente des Jahresabschlusses	699
22.2.1	Ergebnisrechnung	699
22.2.2	Teilergebnisrechnungen	704
22.2.3	Finanzrechnung	704
22.2.4	Teilfinanzrechnungen	705
22.2.5	Bilanz	705
22.2.6	Anhang	706
22.2.7	Anlagenübersicht	707
22.2.8	Forderungsübersicht	707
22.2.9	Verbindlichkeitenübersicht	708
22.2.10	Rechenschaftsbericht	708
22.3	Aufstellung, Prüfung und Entlastung beim Jahresabschluss	709
22.4	Übertragung von Ermächtigungen	713
22.5	Gesamtabschluss	714
22.5.1	Einleitung Gesamtabschluss	714
22.5.2	Ziele des Gesamtabschlusses	715
22.5.3	Inhalt des Gesamtabschlusses	716
	Stichwortverzeichnis	721